



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Januar 2016

Zum Jahreswechsel

Liebe Freundinnen und Freunde!
Liebe Genossinnen und Genossen!

Im Namen Eures Bezirksvorstandes möchte ich Euch ganz herzlich im Jahre 2016 willkommen heißen.

Mögen all Eure privaten Wünsche in Erfüllung gehen - bei den politischen muss man wohl etwas differenzieren...

„Mehr Menschlichkeit, das muss drin sein.“
An diesem mehr als gelungenen Wahlslogan zur Bürgerschaftswahl sollten wir uns in diesem Jahr vielleicht öfter orientieren, als in vergangenen Dekaden.

Ein Slogan, der an die Gesellschaft gerichtet ist, sollte bei unserer gemeinsamen Parteiarbeit nicht außen vor bleiben!

Es gilt in diesem weltweit neoliberalen „Auslaufmodell“ hochkomplexe Probleme zu lösen. Da wäre es wirklich ein unverzeihlicher Fehler, weiterhin Egos über die Partei zu stellen.

Wie stark wir zusammen sind, zeigt das überaus erfreuliche Ergebnis der Bürgerschaftswahl mehr als deutlich.

Und nicht ganz ohne Stolz möchte ich daran erinnern, dass MITTE prozentual die meisten Stimmen holte!!!

Der Bezirksvorstand DIE LINKE. Hamburg Mitte lädt Euch auch 2016 herzlich dazu ein, Euren Ideen eine Stimme zu geben. Wir sind auf Eure Mitarbeit angewiesen!

Unser Anspruch wird es auch in diesem Jahr sein, Euch zu interessanten Veranstaltungen einzuladen, die in konstruktive Diskussionen münden.

(...mein persönlicher Vorsatz 2016 ist übrigens, in den kommenden 12 Monaten nur noch dreimal meinen Parteiaustritt zu erklären...)

Mit sozialistischen und besten Grüßen,
Euer Schatzmeister, Genosse und Mensch,
Frank Rinnert (i.A. des Bezirksvorstandes)

Redaktionsschluss für die Februar-Ausgabe:
Montag, 01.02.2016

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Lenin zum neuen Jahr	S. 2
Veranstaltung Unternehmenssteuern	S. 2
Fachtagung Krankenhäuser	S. 3
Zu „Heyenn zieht die Reißleine“	S. 4
Bleiberecht für Roma	S. 4
BAE Wahlauf Ruf Akadem. Senat	S. 6
Termine / Kontakt	S. 7

Zum neuen Jahr:

W. I. LENIN: Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den „imperialistischen Ökonomismus“

„Der Kapitalismus überhaupt und der Imperialismus insbesondere verwandelt die Demokratie in eine Illusion- und zugleich erzeugt der Kapitalismus demokratische Bestrebungen in den Massen, schafft er demokratische Einrichtungen, verschärft den Antagonismus zwischen dem die Demokratie negierenden Imperialismus und den zur Demokratie strebenden Massen. Der Kapitalismus und der Imperialismus können durch keinerlei auch nicht durch die „Idealsten“ demokratischen Umgestaltungen, sondern nur durch ökonomische Umwälzungen beseitigt werden.

Ein Proletariat aber, das nicht im Kampf für Demokratie erzogen wird, ist unfähig, die ökonomische Umwälzung zu vollziehen.“

Liebe Genossinnen und Genossen,
diese Zeilen von Lenin sind für mich die Kernaussage und zugleich die Handlungsanweisung für eine sozialistische Partei und eine sozialistische Politik.

Sie entspricht vollständig meiner Überzeugung. Sie macht auch klar, dass wir uns in einem dialektisch bedingten Spannungsfeld befinden, das mit einem „So wohl als auch“ nicht interpretiert werden kann und schon gar nicht, wie es die AKL auf dem Parteitag eingebracht hat, als ein wechselndes Rollenspiel: Wie für einen Schauspieler auf der Bühne. Mal den/die KommunalpolitikerIn in der Bürgerschaft oder in der Bezirksversammlung und mal den/die RevolutionärIn geben, verbal mit klassenkämpferischen Parolen auf dem Parteitag. Wobei der/die Kommunalpolitiker/in als das

notwendige Übel angesehen wird, auch mit einem Schuss Verachtung. Denn der „wahre Linke ist revolutionär und ein Held“, wenn er mit GenossInnen zusammen sitzt und von der Revolution redet und träumt, von dem Tag an dem es richtig losgeht. Deswegen, so die AKL, muss immer wieder daran erinnert werden, „wir wollen Revolution“, da wollen wir hin und irgendwann geht es los, und wir sind dann die ersten. Genossen und Genossinnen. Das ist 1000 und eine Nacht, träumt mal schön weiter. So wird das nix ...

Gemütliche und erholsame Festtage gehabt zu haben wünscht Euch Eure Christine, und mit viel Schwung erwarten wir das Jahr 2016...

Genossinnen und Genossen, da kommt einiges auf uns zu, aber zusammen sind wir stark und kämpfen für Demokratie und Emanzipation für alle Menschen

Christine Detamble-Voss



Donnerstag, 28. Januar 2016 • 19 Uhr • Rathaus Hamburg, Bürgersaal

Die Entwicklung der Unternehmenssteuern in Deutschland

Über Steuerschlupflöcher und Steuererhebung in Deutschland und der EU

Vortrag und Diskussion mit

Thomas Eigenthaler

Bundenvorsitzender der Deutschen Steuergewerkschaft und

Fabio De Masi, DIE LINKE. im Europaparlament

(Wirtschaftsausschuss und Steueruntersuchungsausschuss TAXE)

Moderation: **Norbert Hackbusch**, MdHB

Seit Jahren betreiben große Konzerne Steuervermeidung und Steuerbetrug in großem Ausmaß, in der Bundesrepublik, in der EU und darüber hinaus. Auch die Steuererhebung weist eine Reihe von Fragen auf. Die öffentlichen Haushalte der EU verlieren dadurch bis zu einer Billion Euro jährlich an Steuereinnahmen.

Über die Situation und über mögliche Alternativen wollen wir informieren.

Erste Fachtagung zur Rekommunalisierung Hamburger Krankenhäuser – ein voller Erfolg!

Am Freitag, den 13. November fand auf Einladung von Dora Heyenn im Hamburger Rathaus die Veranstaltung „Öffentlich statt Privat“ statt.

Die Leitung hatte Dr. Anne Urschll, gesundheitspolitische Fachfrau, die in der Linksfraktion in Thüringen und Hamburg gearbeitet hat. Es handelte sich um die 1. Fachtagung zur Rekommunalisierung des Hamburger Landesbetriebs Krankenhäuser (LBK), die zusammen mit der AG Gesundheit und dem Bezirksverband Hamburg-Mitte der Partei DIE LINKE durchgeführt wurde. Über 60 Interessierte nahmen daran teil.

Wir erinnern uns: Im Jahr 2004 genehmigte der Hamburger CDU-Schill-FDP Senat den Verkauf des Landesbetriebs Krankenhäuser (LBK) an die Asklepios-Kliniken-Gruppe. Das war eine doppelte Katastrophe: Entgegen dem überwältigenden BürgerInnenwillen in einem Volksentscheid wurde entschieden. Das führte zu einer lang anhaltenden Politikverdrossenheit und die Aufgaben der Daseinsvorsorge wurden privatisiert, sodass Gesundheit zur Ware wurde.

Seither wird dieser Schritt immer wieder beklagt, und es wird auch immer häufiger die Forderung laut, die privatisierten Krankenhäuser zu rekommunalisieren – als wichtige Voraussetzung (nicht Automatismus) dafür, den Menschen ins Zentrum der Gesundheitsversorgung zu stellen, die Zwei-Klassen-Medizin zu überwinden, präventive Ansätze zu stärken und mehr Personal, bessere Arbeitsbedingungen und Demokratisierung zu erreichen.

Ein ganz wichtiger Ansatz zur Rekommunalisierung ist, wie Fachleute immer wieder betonen, der Vertrag oder die Verträge, die die Privatisierung begründeten. Die werden aber, trotz Transparenzgesetz, immer noch wie ein Staatsgeheimnis behandelt.

Für die Tagung konnten sehr kompetente ReferentInnen gewonnen werden.

Am Vormittag referierte der Diplomsozialwissenschaftler und ehemalige Geschäftsführer eines Maximalversorgungskrankenhauses *Manfred Fiedler* zum Thema „Krankenhäuser als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge“. Er ist in der AG Soziale Sicherungssysteme von Attac organisiert und engagiert sich dort insbesondere für ein Ende des Fallpauschalensystems.

Fiedler stellte die gegensätzliche Logik von profitorientiertem und gemeinwohlorientiertem Wirt-

schaften im Gesundheitsbereich heraus und verdeutlichte die für Patienten, Beschäftigte und die Volkswirtschaft insgesamt schädlichen Folgen der Profitorientierung beim Betrieb von Krankenhäusern.

Abschließend diskutierte er Maßnahmen zur Stärkung des öffentlichen Einflusses auf die Gestaltung der medizinischen Versorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Marianne Linke, ehemalige Sozialministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern verwies darauf, dass der Staat mit der zunehmenden Privatisierung seine eigene Handlungsfähigkeit so weit eingeschränkt hat, dass verfassungsrechtlich vorgegebene Ziele nur noch unzureichend erfüllt werden. Die Crux liege darin, dass die Betreiber mit Krankenhäusern in erster Linie Profite erwirtschaften wollten. Stattdessen müssten Überschüsse in das Gesundheitssystem reinvestiert werden. Marianne Linke stellte verschiedene Ansätze zur Rückgewinnung staatlicher gemeinwohlorientierter Steuerungsfähigkeit im Gesundheitsbereich vor: von der Stärkung der gesetzlichen Krankenversicherung bis zur Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung.

Nach der Mittagspause ging es mit Manfred Fiedler um das sog. „Upcoding“ im Krankenhaus-Management, bei dem es darum geht, einzelne Fälle möglichst „erlöswertig“ darzustellen.

Am Nachmittag stellte Jürgen Olschok, Mitglied der Hamburger LINKEN, die Entwicklung des AK Altona vom städtischen Krankenhaus zum LBK bis zum Verkauf an Asklepios dar. Dabei wurde das Krankenhaus als bedeutender Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in den Blickpunkt gerückt.

Es kristallisierte sich heraus, dass *Attac* ein potentieller Bündnispartner ist, wenn es um die Rekommunalisierung von Krankenhäusern geht.

Es wurde beispielhaft das Projekt „Bürgerspital“ und das Bürgerhaus Einbek (Krankenhaus von der Bevölkerung zurückerkämpft) vorgestellt.

Eine Fortsetzung der Fachtagung ist bereits in Planung.

Anne Urschll/Dora Heyenn

Sorry, der Beitrag lag bereits für die Dezemberausgabe vor. Ich hab's verschlampt.
Bernhard

Zu „**Heyenn zieht die Reißleine**“ vom 30.11.15 (*Leserbrief ans ND*)

Die Arbeit in Parteigremien zu erleben, wie es Landesparteitage oder Fraktionssitzungen sind, kann eine gute Grundlage sein, den Parteiaustritt von Dora Heyenn zu verstehen.

Jeder Austritt ist für die Partei schmerzlich. Leidet sie doch aus unterschiedlichen Gründen an einem Mitglieder Rückgang. Zugleich sollte aber die Frage aufgeworfen werden, warum gelingt es der Linken nicht, mehr junge Menschen für ihre Programmatik und Ausrichtung anzusprechen und das Spektrum ihrer Mitgliederstruktur zu erweitern? Wie wird Personalpolitik gemacht? Gibt es einen Personalentwicklungsplan in der Partei? Welche Rolle spielt das Erfurter Programm (noch) im Parteilernen?

In Ihrem Beitrag wird der Austritt von Dora Heyenn auf einen Dauerstreit reduziert, in dessen Mittelpunkt autoritärer Führungsstil und die Anbindung an Liste Links von Heyenn gestanden haben soll. Dazu wird ein Mitglied zitiert, was ich für wenig repräsentativ halte. Wer Dora Heyenn kennt, weiß, dass sie Pluralität der Partei gelebt hat, dass sie sich stets als Brückenbauerin innerhalb und au-

ßerhalb der Partei verstanden hat. Daraus resultiert u.a. auch ihre Präsenz in den Medien. Heyenn hat ohne Zweifel Fehler gemacht, aber eben nicht jene, die ihr vorgeworfen werden. Sie konnte auch polarisieren, wenn es darum ging konsequente linke Opposition zu sein. Daran hat man sich wohl am meisten gerieben. Der Austritt von Heyenn ist eher ein Hinweis darauf, dass ein politischer Riss durch die Hamburger Linke geht. Es gibt keine Basis mehr für gemeinsame Politik. Eine offene Diskussion darüber gab es bisher nicht. Dafür werden Argumente vorgeschoben, die – mindestens - zu einem Stillstand in der Parteidwicklung führen werden. Die taz hat zum Austritt von Heyenn geschrieben: „bei der Linkspartei ist indes niemand in Sicht, der diese Lücke füllen könnte. Nach links geht es bergab. Selbst schuld.“

Auf dem Göttinger Parteitag hat Gregor Gysi von der Linken als Volkspartei im Osten gesprochen, im Westen ist die die Linke eine Individualpartei. Eine Aussage, die nach meinem Erleben nach wie vor gilt.

Anne Urschll

Bleiberecht für Roma aus den Balkanländern

Ein Plädoyer von Dzoni Sichelschmidt

Vorbemerkung: Die Unterstützung der Fraktion in Mitte hat Dzoni Sichelschmidt seit Jahren.

Wenn sich jemand von den Leserinnen und Lesern näher informieren möchte über Dzoni, kann er/sie im Internet nach Dzoni Sichelschmidt suchen.

Alles, was wir als Fraktion sowie Christiane Schneider und ich zum Thema der Roma in Hamburg machen, ist mit Dzoni abgesprochen. Wir unterstützen, wenn wir können, aber wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik machen. Und das ist sehr wichtig und darauf muss sich Dzoni verlassen können.

Um weitere Missverständnisse zwischen der „Roma und Sinti-Union“ Hamburg und der Arbeit von Dzoni in Zukunft zu vermeiden, gilt ab sofort folgende Absprache: die Roma und Sinti Union ist zu ständig für die Deutschen/Hamburger Sinti und Roma. Und die RACE, Roma Affirmation Center Hamburg, ist zuständig für die Roma aus Osteuropa .

*<http://www.coe-romed.org> oder
[mail:race-hamburg@gmx.de](mailto:race-hamburg@gmx.de)*

Christine Detamble-Voss

I.

Es gibt kein europäisches Land nach dem Fall der Berliner Mauer, das nicht mit Roma-Tränen bzw. Roma-Blut getränkt ist.

Seit 1990 kommt es in den ost- und südost-europäischen Ländern zu pogromartigen Angriffen, Serienmorden und einer radikalen Ausgrenzung und Entrechtung der Roma als Menschen und Staatsbürger, sodass uns die Lebensgrundlage entzogen ist. In den westlichen und zentral-europäischen Ländern werden uns in dieser Situation eine gesicherte Zuflucht und echte gesellschaftliche und politische Teilhabe verweigert, stattdessen sehen wir uns immer neuen Wellen von Vertreibung (Abschiebungen) gegenüber.

Viele von uns zwölf bis fünfzehn Millionen in Europa lebenden Roma sind tagtäglich mit Vorurteilen, Intoleranz, Diskriminierung, Rassismus, sozialer, rechtlicher und politischer Ausgrenzung konfrontiert.

Europa wächst zusammen, gleichzeitig erleben wir Roma die massivsten Angriffe, Pogrome und Entrechtung seit dem Ende des 2. Weltkrieges. Aber niemand auf den europäischen oder den nationalen politischen Ebenen erwähnt das ernsthaft oder kümmert sich um unsere Probleme. Wir werden als

größte autochthone europäische Minderheit überall als Problem gesehen und von einem Land ins andere vertrieben.

Die Asyländerung in Deutschland mit der Deklaration neuer sicherer Herkunftsländer, flankiert von den Ankündigungen „schnell und rigoros zurück zu führen“ richtet sich maßgeblich gegen die aus den Balkanländern geflüchteten Roma, konkret zu über 80% gegen Roma-Frauen und -Kinder – diejenigen, die sich am wenigstens wehren können. Obwohl der Europarat, die EU-Kommission, das U.S. State Department und Amnesty International der Einschätzung der Balkanländer als sichere Herkunftsländer deutlich widersprechen.

Sogenannte „sichere Herkunftsländer“ sind sicher für die Serben, Kroaten, Bosnier, Mazedonier oder Albaner, aber nicht für uns Roma!

Die ersten Opfer der letzten Kriege auf dem Balkan waren Roma. Die serbische, kosovarische, kroatische, bosnische, mazedonische oder albanische Gesellschaft, sie alle sind nach den Balkankriegen politisch vertikal und horizontal zerrissen, eine ideale Situation für Korruption, Rassismus, Diskriminierung, Nationalismus und Separatismus. Alle neuen Länder auf dem Balkan sind nationalistisch oder ethnisch orientiert. Unser Land Jugoslawien gibt es nicht mehr. Die Roma sind heute gezwungen, in diesen Ländern zu überleben, in denen sie nicht nur von Neonazi-Gruppen oder einzelnen Menschen angegriffen werden und um ihr Leben fürchten müssen, sondern auch von lokalen Regierungen sowie von den zentralen Regierungen diskriminiert und als Menschen sechundsiebziger Klasse behandelt werden.

II.

Herbst 2015 in Deutschland: Deutschland erlebt grade einen Flüchtlingszulauf, den Deutschland freundlich aufnimmt. Gleichzeitig organisieren sich Nazis; „besorgte Bürger“, Kommunalpolitiker kritisieren die Zahl der Aufgenommenen und die chaotische Flüchtlingspolitik. Die Kritik wird lauter, Angriffe auf Flüchtlinge und Unterkünfte reißen nicht ab. Die „sichere Drittstaatenregelung“ ist, in den Augen der Roma, ein Mittel um diese Entwicklungen zu beruhigen, ein Mittel mit dem die Regierung Stärke und Konsequenz zeigen will, indem sie demonstriert, dass sie definiert wer bleiben und wer als illegitimer Flüchtling abgeschoben werden kann und soll.

Die zu schützenden Roma werden „verkauft“, sie zahlen den politischen Preis in der aktuellen Situation.

Die Diffamierung von Roma-Flüchtlinge aus den Balkanländern als wirtschaftliche Flüchtlinge geht

an unserer tatsächlichen Situation vorbei und ist in ihrem Kern antiziganistisch. Die Propaganda von der Armutsmigration aus Süd-Ost-Europa zielt darauf, Empathie und Solidarität mit Roma aus diesen Ländern zu verhindern und soll auf massive Abschiebung einstimmen, Widerspruch und Widerstand gegen sie delegitimieren.

Und dabei sind diejenigen, die als angebliche Wirtschaftsflüchtlinge abgeschoben werden sollen, nur 2% der in Deutschland aufgenommenen Flüchtlinge, ihre Abschiebung hat faktisch für die allgemeine Situation gar keine Bedeutung. Der Umgang der deutschen Regierung mit uns Roma muss sich ändern. Es kann nicht angehen, dass man mit Roma aus den Balkanländern herum experimentiert, uns zu einem Spielball der Politik macht.

III.

Der zynische Gipfel ist, dass in dieser politischen Situation uns Roma aus den Balkanländern die politische Partizipation verweigert wird. Wir werden ohne Waffen in den Ring gezwungen. Wer kann für uns Roma aus den Balkanländern sprechen? Natürlich wir selbst: Seit 30 Jahren sprechen und kämpfen wir dafür –und wir haben immer friedlich demonstriert, haben nie die deutsche Gesellschaft in eine bedrohliche Lage gebracht, was wir als pazifistische Gesellschaft auch in Zukunft tun werden – gegen die Widerstände von Politik und Mehrheitsbevölkerung, Teil dieser Gesellschaft zu sein. Aber wir werden nicht gehört, nicht ernstgenommen. Damit bringt Deutschland uns in eine politische Sackgasse.

Die bilateralen Abkommen zwischen Deutschland und den sogenannten „sicheren Westbalkanländern“, die das Schicksal der Roma betrifft, wurden ohne unsere Beteiligung abgeschlossen. Es würde den europäischen Integrationsprozess der ex-jugoslawischen Länder unterstützen, wenn Deutschland demokratisch mit uns Roma umgehen und eine unmittelbare Kommunikation mit uns aufnehmen würde. Wenn dies wirklich im Interesse der deutschen Politik ist, müssen wir in Zukunft an allen Entscheidungen beteiligt werden, die unser Leben betreffen. Wir Roma sind mündige Menschen, die auch als solche behandelt werden wollen.

IV.

Roma, die seit den 90iger Jahren nach Deutschland geflüchtet sind, haben sich in der langen Zeit ihrer Anwesenheit an die Lebensgewohnheiten angepasst. In dieser Zeit wurden Familien gegründet, Kinder haben sich integriert und Deutsch als Muttersprache angenommen. Und jetzt werden wir, davon über 80% Frauen und Kinder, ohne Vorwarnung in den frühen Morgenstunden von der Polizei

abgeholt, haben dreißig Minuten Zeit, um unser Gepäck zu packen und werden dann in ein für unsere Kinder fremdes Land deportiert und dort weder Familie noch Wohnung haben. Das ist ein menschenverachtender und feindlicher Akt.

Die Geschichte der Roma ist in großen Teilen eine Tragödie. Selbstverschuldet ist die Tragödie nicht, ebenso wenig wie die Juden selber am Holocaust Schuld haben. Das Volk der im Deutschen Reich lebenden Roma wurde zu 95% von den Nazis umgebracht! Doch nicht nur die "Reichszigeuner" wurden getötet. Die Deutschen ermordeten, auch schätzungsweise weitere 350.000 Roma in den besetzten Gebieten wie Serbien, Kroatien, Bosnien oder Mazedonien. Dies können die Sinti und Roma ebenso wenig vergessen, wie die Juden den Holocaust ignorieren können. Und wenn wir auch keinem Einzigen der heutigen Generation irgendeine noch so geringe Mitverantwortung geben, so reagieren wir doch sehr sensibel auf Ausgrenzungen, Verleumdungen, Diskriminierungen, Beleidigungen oder politische Vergewaltigungen. Die Frage muss

Zivile Entwicklung: klug, kritisch, solidarisch Das (BAE!) – Liste 1 bei der Wahl zum Akademischen Senat

„Ohne Völkerfrieden ist, ebensowenig als ohne den Willen der Mehrheit, soziale Gerechtigkeit denkbar.“
Heinrich Mann, „Kaiserreich und Republik“, 1919.

Frieden erfordert, dass die Waffen ruhen – und mehr.

Notwendig ist soziale Emanzipation und Demokratie als kooperative Gestaltung der Gesellschaft von der Mehrheit für die Mehrheit. Darin liegt auch der tiefere Sinn für Bildung und Wissenschaften. An der Universität besteht dafür die Herausforderung, Aktivitäten zur Hochschulreform für internationale und soziale Offenheit weiterzuentwickeln und zu entfalten: Zum Beispiel für eine „Zivilklausel“, für BAföG für Alle und gegen Entwicklungshürden im Studium und marktkonforme Drittmitteljagd. Die kooperative Bildung mündiger Menschen soll das „studium bolognese“ ablösen: Wissenschaft als Aufklärung für Frieden, Nachhaltigkeit, Demokratie und Gerechtigkeit.

Die größte mentale und materielle Hürde ist die „Haushaltskonsolidierung“. Sie beschränkt die humane Ambition, wirkt gegen die sozialen und kulturellen Interessen der Bevölkerung. Eine bedarfsgerechte öffentliche Daseinsfürsorge für Bildung, Wissenschaft, Gesundheit, Arbeit, Kultur und Welt-offenheit erfordert wachsende solidarische Bewegung. Das „Nein“ zu Olympia regt dagegen zur Ausweitung anspruchsvoller Aktivitäten an. Die Hochschulen wirken bereits als stadtpolitischer Faktor. Dafür agiert das „Bündnis für Aufklärung und Emanzipation (BAE!)“ besonders im Akademischen Senat (AS).

legitim sein, den deutschen politischen Apparat zu fragen: "Würden Sie mit jüdischen Flüchtlingen auch so umgehen"?

Meine Damen und Herren das Roma Affirmation Centre in Deutschland fordert:

Sofortiger Abschiebestopp.

Gerechtigkeit und Humanität für Roma-Kinder: Sicherheit und Beendigung des Abbruchs ihrer Bildungswege.

Strukturen aufbauen für die politische Partizipation der Roma, damit sie an allen Entscheidungen, die in ihr Leben eingreifen, beteiligt werden.

Bekämpfung des Antiziganismus.

Anerkennung als europäische Minderheit: Staatsbürgerschaft und Heimat in der EU, Minderheitenschutz und Ressourcen für Kultur, Sprache, Tradition.

Roma Community Action Groups, Hamburg

Durch studentische Initiative hat sich der AS vielfach entsprechend positioniert. Hier wirken wir gemeinsam für eine demokratische Kultur: Im besten Fall geht es darum, ‚nach Innen‘ solidarisch Problemlösung zu erwirken und ‚nach Außen‘ zusammen für rechtliche, finanzielle und kulturelle Verbesserungen einzutreten.

Beim BAE! kandidieren Mitglieder der studentischen Gruppen „Liste LINKS“, „harte zeiten - junge sozialisten“, „SDS*“, von „Regenbogen/AL“ sowie kritische Fachschaftsaktive und viele andere: Zusammen!

Wir sind initiativ in Fachschaftsräten, in den Fakultätsräten, in der Fachschaftsratekonferenz (FSRK) und auch sonst in der Verfaßten Studierendenschaft. Uns verbindet das Engagement in der Friedensbewegung, gegen Rechts, in der Flüchtlings-solidarität und den Gewerkschaften.

Geschichtsbewußt kooperieren hier zudem Mitglieder der LINKEN und der SPD.

Wir setzen auf muntere Beteiligung!

Mit solidarischen Grüßen

Bündnis für Aufklärung und Emanzipation – BAE!

PS: Unter <http://bae-hamburg.de> sind unsere Veröffentlichungen und Arbeit im Akademischen Senat dokumentiert. Dort findet sich auch die Liste der Kandidatinnen und Kandidaten des BAE!

Termine in (und für) Mitte

~~Dienstag, 12.01.16, 19:30 Uhr~~

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Fällt aus!!!

Dienstag, 12.01.16, 20:00 Uhr

Treffen der Finkenlinken,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Donnerstag, 14.01.16., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
AWO Merkenstraße (Möllner Landstraße 142)

Montag, 18.01.16, 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 20.01.16, 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Donnerstag, 21.01.16, 17:30 Uhr

Öffentliche **Sitzung der Bezirksversammlung**
Sitzungssaal, Klosterwall 4

Sonntag, 24.01.16, ab 9 Uhr:

Fortsetzung des Landesparteitags

Berufsförderungswerk Farmsen

Gäste willkommen

Februar 2016

Montag, 01.02.16, 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 03.02.16, 19:00 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg

Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

*Der regelmäßige Termin wurde auf den ersten
Mittwoch im Monat verlegt, damit auch die Be-
zirksabgeordneten regelmäßig teilnehmen können.
Vielleicht ist das ja auch für andere Mitglieder
günstiger.*

Dienstag, 09.02.16 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 09.02.16, 20:00 Uhr

Treffen der Finkenlinken,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Donnerstag, 11.02.16, 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
AWO Merkenstraße (Möllner Landstraße 142)

Montag, 15.02.16, 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 17.02.16, 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

	Telefon	Mail
Alexander Benthin		alexander.benthin@die-linke-hamburg-mitte.de
Jörg Günther		joerg.guenther@die-linke-hamburg-mitte.de
Jan-Peter Klöckner		jan-peter.kloeckner@die-linke-hamburg-mitte.de
Holger Knorr		holger.knorr@die-linke-hamburg-mitte.de
Heiko Laue		heiko.laue@die-linke-hamburg-mitte.de
Frank Rinnert, Schatzmeister		stakkato1966@gmx.de
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
<i>nachrichtlich:</i>		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto

DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX